



**Fachschaftsrat der Rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena**

Carl-Zeiß-Str. 3 / Raum 2.28
07743 Jena

Telefon: 03641 942 095
Mail: vorstand-fsr.rewi@uni-jena.de

FSR Rechtswissenschaft · Carl-Zeiß-Str. 3 · 07743 Jena

An Studierenden
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorsitz: Jesko Zagatowski
Vorstand: Lina Wagenknecht
Vorstand: Julian Hafner

Jena, 31. Mai 2024

**STELLUNGNAHME betreffend der angeblichen Gesprächsbereitschaft
gegenüber der AfD**

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,
liebe Mitglieder der Rechtswissenschaftlichen Fakultät,
liebe Studierende,

in den letzten Tagen ereilten uns mehrere Fragen und Vorwürfe hinsichtlich einer angeblichen Gesprächsbereitschaft unsererseits gegenüber der sogenannten *Alternative für Deutschland* (AfD). Um Missverständnisse auszuräumen, möchten wir in den folgenden Zeilen das Geschehene offenlegen und dazu Stellung beziehen.

I. Sachverhalt

Um eine schnelle Einführung des integrierten Bachelors im Studiengang Rechtswissenschaft (Erste Prüfung) zu fördern, gründete der Fachschaftsrat (FSR) Rechtswissenschaft eine Arbeitsgruppe (AG) zu diesem Thema. Ziel der AG war es, eine öffentliche Kampagne zu starten, um mehr Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren sowie die Abgeordneten des Thüringer Landtags zu einer schnellen Beschlussfassung noch vor der Landtagswahl zu bewegen.

Im Rahmen dieser Aufgaben sendete die AG vorgefertigte, identische E-Mails an alle Mitglieder des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags. Inhalt dieser Mail waren neben einer Unterstützungserklärung des Themas *integrierter Bachelor* auch eine Einladung für ein persönliches Gespräch, „um die vielseitigen Gründe und Interessen [unserer Studierenden an der Einführung des Bachelors, Anm. d. Verf.] bestmöglich kommunizieren zu können“. Mangels einer einheitlichen Kontakt-Mail-Adresse des Rechtsausschusses wurde diese Mail an alle 13 Mitglieder einzeln versendet. Unter diesen befinden sich drei Mitglieder der AfD. Eines der AfD-Mitglieder ist zudem Vorsitz des Ausschusses.

Auf unsere Mails antworteten lediglich ein CDU-Mitglied sowie der Vorsitzende des Ausschusses aus der AfD. Die Mitglieder der AG erkannten bei Lektüre der Mail ihren Fehler und trugen das Thema in eine ordentliche FSR-Sitzung. Nach ausgiebiger Diskussion entschied dieser, dass ein Gespräch mit der AfD nicht zu Stande kommen wird. Darüber hinaus wurde entschieden, eine Absage an das besagte AfD-Mitglied erst mit Schluss der nächsten Rechtsausschusssitzung, auf der der Bachelor besprochen wird, zu versenden.

II. Stellungnahme

Erstens: Der FSR Rechtswissenschaft teilt die Auffassung, dass die AfD eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt und schließt jede Kooperation mit ihr kategorisch aus. Die rechtsextreme AfD darf keinen Platz in einem demokratischen Diskurs haben. Politisch ist sie zu isolieren, um rechtsextreme Standpunkte nicht zu normalisieren.

Zweitens: Dass die Partei im Ausschuss sitzt – und insbesondere die Vorsitzrolle trägt – stört jedes (freiwillige) Mitglied des FSR, musste jedoch akzeptiert werden. Von dem Zeitpunkt der AG-Gründung an stand fest, dass jede Verlinkung oder anderweitige Kooperation mit der AfD abgelehnt wird. Aufgrund der fehlenden einheitlichen Kontaktmöglichkeit des Ausschusses kam es dennoch dazu, dass die Gesprächseinladungen auch an die drei AfD-Mitglieder im Ausschuss gesendet wurden. Im Spannungsverhältnis zwischen Parteineutralität, studentischen Interessen an der Einführung des Bachelors und unseren gemeinsamen Werten entschieden wir in Folge unserer fehlenden politischen Erfahrung fehlerhaft.

Die Mail an die AfD-zugehörigen Rechtsausschusssmitglieder war falsch. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass hinter dem Absenden keine Absicht hinsichtlich eines Kontaktgesuchs mit der AfD stand. Bei der Arbeit wirkten verschiedene Akteure zusammen: Manche schrieben an der Mail, andere suchten die Mitglieder und ihre E-Mail-Adressen raus, wieder andere fügten nur noch beides zusammen und klickten auf „Senden“. Eine Hintergrundanalyse der Persönlichkeiten unterblieb aufgrund der mangelnden Erfahrung mit politischen Themen und des Zeitdrucks. Gleichwohl werden wir uns jedenfalls einen groben Fehler vorwerfen lassen müssen. Derlei darf während unserer Arbeit nicht passieren. Dafür möchten wir inständig um Entschuldigung bitten.

Drittens: Eine direkt auf die Antwort des AfD-Mitglieds folgende Absage unterblieb, weil wir Sorge vor den Konsequenzen hatten. Uns waren die Kompetenzen der Rolle eines Ausschussvorsitzes zu dem Zeitpunkt nicht bekannt; möglicherweise hätte die Behandlung des Bachelors verzögert oder (jedenfalls temporär) ganz unterbleiben können. Nach langer, intensiver Diskussion hielt das Gremium es für die beste Lösung, der Antwort fürs Erste keine Beachtung zu schenken und alsbald nach Übergabe des Gesetzesentwurfs aus dem Ausschuss in den Landtag eine klarstellende Absage zu versenden. Diese Entscheidung war Folge einer sorgsam Abwägung der Notwendigkeit, Interessen und Konsequenzen einer sofortigen Absage mit dem Risiko der Gefährdung des Bachelors oder einer verzögerten Absage ohne dieses Risiko. Die Absage wurde mittlerweile erteilt.

Viertens und letztens: Als Studierende der Rechtswissenschaft ist uns der Wert unseres demokratischen Rechtsstaats bewusst. Wir treten für den Bestand dieser Werte ein. Wir beteiligten uns daher auch mittels Beschluss und Anwesenheit an dem Aufruf „Uni gegen Rechts“, der zeitlich dem obigen Sachverhalt vorgelagert war. *Jedes* (freiwillige) Mitglied stützt diesen Tenor.

Wir hoffen, mit dieser Stellungnahme Klarheit in die Situation gebracht haben zu können. Sollten weitere Punkte offengeblieben sein, stehen wir selbstverständlich für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Die Mitglieder¹ und Vertrauten
des Fachschaftsrates der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

		
		
		
		
		
		

¹ Die Mandate zweier Mitglieder ruhten bereits vor den Ereignissen. Ein Mitglied trat nach den Ereignissen zurück.